



AVE

Außenhandelsvereinigung
des Deutschen Einzelhandels e.V.

AVE-Spezial vom 1. Oktober 2010

Bericht der Geschäftsführung

Sehr geehrte Herren,

nachdem das letzte Treffen des AVE-Präsidiums nunmehr fast vier Monate zurückliegt, ist uns daran gelegen, Sie auf diesem Wege darüber zu informieren, was sich in dieser Zeit getan hat.

Einmal mehr war zu konstatieren, dass die Gesetzgebungsprozesse in der Europäischen Union zunehmend schleppender verlaufen. Dies mag gut sein wie im Falle der aus AVE-Sicht unbefriedigenden präferenziellen Ursprungsregeln, kann sich jedoch auch nachteilig auswirken, wie das zähe Prozedere bei der Abschaffung des Ursprungszeugnisses für Textilien deutlich macht.

Ursächlich für die lange Dauer der Gesetzgebungsprozesse ist nicht nur deren Komplexität unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments sondern auch die Tatsache, dass immer mehr Kommissionsdienststellen bei der Gesetzgebung ein Wort mitreden möchten. Hinzu kommen die langwierigen Konsultationen der Mitgliedstaaten, die vielfach aufgrund gewachsener Traditionen an tatsächlich oder vermeintlich Bewährtem festhalten wollen. Ein erfolgreiches Lobbying wird unter diesen Umständen nicht gerade einfacher.

Einem Verband tut es gut, wenn er seine Arbeit von Zeit zu Zeit auf den Prüfstand stellt. So wurden Mitte Juni die Ergebnisse einer von einer unabhängigen Consultingfirma durchgeführten Zufriedenheitsbefragung auf europäischer Ebene präsentiert, an der sich auch AVE-Mitgliedsunternehmen beteiligten. Die Mitglieder stellten der AVE ein gutes Zeugnis aus, gelobt wurden insbesondere die Praxisnähe und die Aktualität der vermittelten Informationen. Natürlich wurden auch einige Schwachstellen identifiziert, die wir im Rahmen des Möglichen beseitigen werden.

Ebenfalls im Juni fand die konstituierende Sitzung der nationalen BSCI-Kontaktgruppe in Deutschland statt. Zu dieser Gruppe haben alle deutschen BSCI-Mitglieder Zugang, um vor allem mittlere und kleinere BSCI-Mitglieder mit der BSCI, ihren Anforderungen und ihrem Umfeld vertrauter zu machen. Ferner soll der gegenseitige Erfahrungsaustausch gefördert werden, dem wird anlässlich der nächsten Sitzung durch die Bildung von vier Arbeitsgruppen Rechnung getragen.

Auch im Bereich des Lobbying hat die AVE ihre Arbeit unbeirrt fortgesetzt und ihre Positionen zu Kernthemen vertreten. Den Auftakt machte ein Hearing im Europäischen

AVE-Spezial vom 1. Oktober 2010

Parlament zur obligatorischen Ursprungskennzeichnung für bestimmte importierte Konsumgüter, während dessen Gegner und Befürworter einer obligatorischen Ursprungskennzeichnung sich einen engagierten Schlagabtausch lieferten. Wir haben die Gegner einer solchen Kennzeichnung in ihrer Auffassung bestärkt und zudem auf die administrativen Belastungen verwiesen, die sich aus der Kontrolle der Ursprungsangabe ergeben könnten.

Darüber hinaus hat die AVE wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen, Transparenz, Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit im Außenhandel zu stärken. Seien es Antidumpingverfahren, sei es das zur Revision anstehende System allgemeiner Zollpräferenzen, seien es die Regelungen der bilateralen Freihandelsabkommen – um mit all diesen Regeln umgehen und ggfs. ihre Vorteile nutzen zu können, muss dem Importeur klar gesagt werden, wie er zu agieren bzw. zu reagieren hat. Anderenfalls würde der Warenaustausch unnötigerweise behindert zu Lasten der Importeure und der Verbraucher. Dieses Credo zieht sich wie ein roter Faden durch die Positionspapiere zu den Themen Antidumping, allgemeines Präferenzsystem, EU-Russland-Handel sowie zu ausgewählten Aspekten der EU-Handelspolitik.

Als eines der Ergebnisse der Terroranschläge vom 11. September 2001 müssen ab dem 1. Januar 2011 alle Waren vor dem Export aus der und dem Import in die EU dem Zoll vorab gemeldet werden. Für Exporteure, Importeure, Spediteure etc. ist dies mit erheblichen Herausforderungen und Risiken verbunden, die es zu minimieren gilt. Die AVE ist hierüber in permanentem Kontakt mit dem Bundesfinanzministerium sowie befreundeten Verbänden. Gemeinsam werden wir uns weiterhin für eine praxisgerechte Handhabung des Außenwirtschaftsverkehrs einsetzen, die sich am Machbaren orientiert und Belastungen vermeidet. Im Rahmen eines für Mitte Oktober vorgesehenen Gesprächs mit dem deutschen Generalzolldirektor werden wir das Thema erneut ansprechen und Ihre hiermit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Ergebnisse informieren.

Mit den besten Grüßen

Ihre

Jan A. Eggert Stefan Wengler
